

**Offener Brief!**

**Sehr geehrter Herr Präsident Leitl,**

**Von Arbeit muss man leben können.** Für viele Menschen in Österreich geht sich das aber trotz Vollzeitarbeit nicht aus. Viele gehen arbeiten und sind trotzdem arm. Das ist einer reichen Volkswirtschaft wie Österreich nicht würdig.

Auf Vollzeitbasis gerechnet verdienen laut Statistik Austria bundesweit rund 356.500 Beschäftigte weniger als 1.500 Euro brutto monatlich, was etwa 1.200 Euro netto entspricht. Das ist rund jede/r achte Beschäftigte in der Privatwirtschaft. Betroffen von den Niedriglöhnen sind zu zwei Drittel Frauen und zu einem Drittel Männer.

Die Gewerkschaft vida vertritt viele Beschäftigte aus sogenannten Niedriglohnbranchen. In 18 von uns verhandelten Kollektivverträgen liegt der Mindestlohn derzeit unter 1.500 Euro, in zwei sogar unter 1.300 Euro. Diese 18 Kollektivverträge betreffen insgesamt rund 409.000 Beschäftigte, davon befinden sich rund 190.000 in den jeweils niedrigsten Lohnstufen.

Leistung muss sich lohnen? Arbeit muss attraktiver werden? Dann geben wir den Menschen ihre Würde zurück! Wir verwehren uns jedoch ausdrücklich dagegen, diese Debatte auf dem Rücken der Ärmsten in der Gesellschaft auszutragen - für eine Kürzung der Mindestsicherung sind wir nicht zu haben. Folglich muss der Abstand zur Mindestsicherung erhöht werden.

Höhere Mindestlöhne sind eine Frage der Gerechtigkeit. Sie reduzieren die gesellschaftliche Ungleichheit und stärken die Konsumnachfrage. Davon profitieren letztlich alle.

Deshalb fordern die UnterzeichnerInnen dieses Briefs die Aufnahme einer Sonderverhandlungsrunde mit dem Ziel der Anhebung der KV-Mindestlöhne auf 1.500 Euro auf Vollzeitbasis in allen betroffenen Branchen. Das nächste Etappenziel bleiben die vom ÖGB geforderten 1.700 Euro.

**Roman Hebenstreit**  
Vorsitzender Gewerkschaft vida

**AKNÖ Vizepräsident Horst Pammer**  
Vorsitzender Gewerkschaft vida NÖ